

ARNO BROKAMP

# Das Europäische Verfahren für geringfügige Forderungen

*Max-Planck-Institut  
für ausländisches und internationales  
Privatrecht*

*Studien zum ausländischen  
und internationalen Privatrecht*

207

---

**Mohr Siebeck**

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

207

Herausgegeben vom

Max-Planck-Institut für ausländisches  
und internationales Privatrecht

Direktoren:

Jürgen Basedow, Klaus J. Hopt und Reinhard Zimmermann





Arno Brokamp

# Das Europäische Verfahren für geringfügige Forderungen

Mohr Siebeck

*Arno Brokamp*, geboren 1978; Studium der Rechtswissenschaft, Südostasienwissenschaft und Wirtschaftswissenschaften in Passau; 2008 Promotion; seit 2007 Rechtsreferendar in Hamburg.

e-ISBN PDF 978-3-16-151392-3

ISBN 978-3-16-149810-7

ISSN 0720-1141 (Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2008 Mohr Siebeck Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde-Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Held in Rottenburg gebunden.

## Vorwort

Diese Arbeit lag der Juristischen Fakultät der Universität Passau im Wintersemester 2007/2008 als Dissertation vor. Zur Veröffentlichung wurde sie auf den Stand von Juni 2008 gebracht.

Einen ganz wesentlichen Anteil am Gelingen der Arbeit hat mein Doktorvater Herr Prof. Dr. Wolfgang Hau, der nicht nur das Thema angeregt, sondern mich auch in jeder Hinsicht gefördert hat. Dafür möchte ich ihm herzlich danken. Herrn Prof. Dr. Klaus Reischl schulde ich Dank für die Erstellung des Zweitgutachtens. Für die Aufnahme der Arbeit in diese Schriftenreihe habe ich Herrn Prof. Dr. Dr. h. c. Jürgen Basedow und dem Max-Planck-Institut in Hamburg zu danken. Der Rechtsanwaltskammer München danke ich für die Verleihung ihres Hochschulpreises.

Nicht zu vergessen ist die Vielzahl von Helfern. Besondere Verdienste beim Korrekturlesen haben sich Herr Dipl.-Kfm. Florian Jung M. A. und meine Schwester Frau Dr. Iris Brokamp erworben. Auch ist dies der Ort, den lieben Eltern zu danken. Allen ein Vergelt's Gott!

Hamburg, im Juli 2008

Arno Brokamp



# Inhaltsübersicht

1. Kapitel: Einleitung	
I. Vergemeinschaftung des Zivilprozesses und die EuBagVVO .....	1
II. Wesentliche Elemente der EuBagVVO .....	3
III. Ziele der EuBagVVO.....	4
IV. Aufbau und Ziel der Untersuchung .....	7
2. Kapitel: Anwendungsbereich	
I. Sachlicher Anwendungsbereich .....	9
II. Räumlicher Anwendungsbereich.....	16
III. Zeitlicher Anwendungsbereich.....	18
3. Kapitel: Zuständigkeit	
I. Internationale Zuständigkeit .....	19
II. Örtliche und sachliche Zuständigkeit .....	20
III. Verbraucherproblematik.....	21
4. Kapitel: Ablauf des Erkenntnisverfahrens	
I. Überblick.....	23
II. Einreichung der Klage .....	25
III. Prüfung der Klage.....	32
IV. Zustellung an den Beklagten.....	56
V. Antwort des Beklagten .....	73
VI. Widerklage .....	84
VII. Weiterer Verfahrensgang.....	91
VIII. Anfordern weiterer Angaben.....	94
IX. Beweisaufnahme.....	97
X. Mündliche Verhandlung.....	111
5. Kapitel: Urteil und Rechtsbehelfe	
I. Urteil.....	129
II. Rechtsmittel nach nationalem Recht .....	131
III. Mindeststandards.....	133
IV. Konkurrenzen zwischen den Rechtsbehelfen.....	139



**6. Kapitel: Kostenregelung**

I. Regelungsumfang der EuBagVVO.....	141
II. Grammatische Auslegung der Kriterien .....	142
III. Entwicklungsgeschichtliche Auslegung der Kriterien.....	146
IV. Zusammenfassung .....	148
Ausblick .....	149
Ergebnisse .....	150
Anhang: Verordnung (EG) Nr. 861/2007 .....	157

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	V
Inhaltsübersicht.....	VII
Abkürzungsverzeichnis.....	XV

## 1. Kapitel: Einleitung

I. Vergemeinschaftung des Zivilprozesses und die EuBagVVO.....	1
II. Wesentliche Elemente der EuBagVVO.....	3
III. Ziele der EuBagVVO.....	4
IV. Aufbau und Ziel der Untersuchung.....	7

## 2. Kapitel: Anwendungsbereich

I. Sachlicher Anwendungsbereich (Art. 2).....	9
1. Forderungen.....	9
2. Wertgrenze.....	10
a) Hintergrund.....	10
b) Bestimmung des Wertes.....	10
c) Änderung des Wertes.....	11
d) Fehlerhafte Wertbestimmung.....	13
e) Teilklagen.....	13
3. Bereichsausnahmen.....	14
II. Räumlicher Anwendungsbereich.....	16
1. Grenzüberschreitende Rechtssachen (Art. 3).....	16
2. Mitgliedstaaten (Art. 2 Abs. 3).....	18
III. Zeitlicher Anwendungsbereich (Art. 29).....	18

## 3. Kapitel: Zuständigkeit

I. Internationale Zuständigkeit.....	19
II. Örtliche und sachliche Zuständigkeit.....	20
III. Verbraucherproblematik.....	21

## 4. Kapitel: Ablauf des Erkenntnisverfahrens

I. Überblick .....	23
II. Einreichung der Klage (Art. 4 Abs. 1) .....	25
1. Verfahrenswahl .....	25
2. Postulationsfähigkeit.....	26
3. Formblatt .....	26
a) Formzwang .....	26
b) Erhältlichkeit des Formblatts.....	27
c) Erforderliche Angaben .....	27
d) Sprache .....	28
e) Praktische Hilfestellung beim Ausfüllen des Formblatts .....	29
4. Beweisunterlagen.....	30
5. Übermittlungswege.....	30
6. Gerichtsgebühren.....	31
III. Prüfung der Klage .....	32
1. Anwendungsbereich der Verordnung (Art. 4 Abs. 3) .....	32
a) Prüfungsumfang .....	32
b) Unterrichtung des Klägers .....	33
c) Frist .....	34
d) Rechtsbehelfe.....	34
2. Offensichtliche Unzulässigkeit oder Unbegründetheit (Art. 4 Abs. 4).....	36
a) Hintergrund.....	36
b) Offensichtliche Unzulässigkeit .....	37
c) Offensichtliche Unbegründetheit .....	41
3. Mängel der Klage nach Art. 4 Abs. 4 UA 1 .....	42
a) Mögliche Mängel .....	43
b) Unterlagen.....	44
c) Abgrenzung zur offensichtlichen Unzulässigkeit oder Unbegründetheit.....	44
d) Reaktion des Klägers.....	45
e) Frist .....	46
4. Sprache der Unterlagen (Art. 6 Abs. 1 und 2).....	47
a) Formblatt und weitere Unterlagen .....	47
b) Erheblichkeit der Unterlagen.....	47
c) Sprachkenntnis der Prozessbeteiligten.....	48
d) Anfertigung einer Übersetzung.....	51
e) Rechtsfolge ausbleibender Übersetzungen.....	51
5. Zurück- bzw. Abweisung der Klage (Art. 4 Abs. 4 a.E.) .....	52
a) Wirkungen.....	52
b) Rechtsbehelfe.....	55

IV. Zustellung an den Beklagten (Art. 5 Abs. 2 UA 2) .....	56
1. Geltung der Zustellungsregelungen .....	56
a) Rechtsnatur .....	56
b) Räumliche Geltung .....	56
2. Zustellungsbedürftige Unterlagen .....	57
3. Frist .....	57
4. Adressat der Zustellung .....	58
5. Form der Zustellung (Art. 13) .....	58
a) Regelzustellung .....	58
b) Verweis auf Art. 13, 14 EuVTVO .....	60
c) Probleme der Zustellung nach Art. 13, 14 EuVTVO .....	61
d) Vergleich mit dem deutschen Zustellungsrecht .....	62
6. Belehrung des Beklagten über die weiteren Verfahrensschritte .....	63
7. Ablehnung der Annahme (Art. 6 Abs. 3) .....	64
a) Hintergrund .....	64
b) Schriftstücke .....	65
c) Sprachkriterien .....	67
d) Frist und Form .....	67
e) Belehrung über Zurückweisungsmöglichkeit .....	68
f) Rechtsfolge der Zurückweisung .....	68
8. Heilung von Zustellungsfehlern .....	71
V. Antwort des Beklagten (Art. 5 Abs. 3–7) .....	73
1. Form, Inhalt und Sprache .....	73
2. Prüfung der Antwort .....	74
3. Rüge der Anwendbarkeit des Verfahrens .....	75
a) Umfang des Rügerechts .....	75
b) Rechtsfolgen und Rechtsbehelfe .....	77
4. Weiterleitung an den Kläger .....	78
5. Urteil bei nicht fristgerechter Antwort (Art. 7 Abs. 3) .....	79
a) Frist .....	79
b) Prüfung der Klage vor Urteilserlass .....	80
c) Klageabweisendes Urteil und rechtliches Gehör .....	81
d) Rechtsbehelfe .....	82
VI. Widerklage (Art. 5 Abs. 6 und 7) .....	84
1. Begriff .....	84
2. Verweis auf die für die Klage geltenden Bestimmungen .....	84
3. Frist .....	85
4. Prüfung der Widerklage .....	86
a) Natur der Rechtsache .....	86
b) Konnexität .....	87
c) Streitwert der Widerklage .....	88
5. Zustellung .....	89

6. Antwort .....	90
7. Zusammenfassung zur Regelungstechnik .....	90
8. Gemeinsames Urteil.....	90
VII. Weiterer Verfahrensgang (Art. 7 Abs. 1).....	91
1. Mögliche Vorgehensweisen.....	91
2. Würdigung des schriftlichen Parteivorbringens .....	92
3. Frist und Form .....	93
VIII. Anfordern weiterer Angaben (Art. 7 Abs. 1 lit. a).....	94
1. Art und Notwendigkeit weiterer Angaben .....	94
2. Säumnis .....	96
IX. Beweisaufnahme (Art. 7 Abs. 1 lit. b, Art. 9).....	97
1. Umfang der Beweisaufnahme .....	97
a) Auslegung von Art. 9 Abs. 1 S. 1.....	98
b) Bedeutung von Beweisanträgen.....	100
c) Vereinbarkeit mit Justizgrundrechten.....	101
2. Beweismittel.....	104
3. Durchführung der Beweisaufnahme .....	107
a) Terminierung.....	107
b) Mittel der Beweisaufnahme.....	108
c) Einhaltung von Justizgrundrechten.....	110
X. Mündliche Verhandlung (Art. 7 Abs. 1 lit. c).....	111
1. Ermessen bezüglich Anberaumens einer mündlichen Verhandlung.....	111
a) Erforderlichkeit.....	111
b) Antrag einer Partei .....	112
2. Vereinbarkeit mit Justizgrundrechten .....	113
a) Grundgesetz und EMRK.....	113
b) Art. 6 Abs. 1 EMRK und §§ 510c und 128 Abs. 3 ZPO a.F....	115
c) Literatur zur Rechtsprechung der Konventionsorgane.....	117
d) Tendenz der Straßburger Rechtsprechung .....	120
e) Heilung eines Konventionsverstößes .....	123
f) Zusammenfassung und Ausblick.....	124
3. Terminierung .....	125
4. Verhandlung mit Mitteln der Kommunikationstechnologie.....	126
5. Aufgaben des Gerichts (Art. 12) .....	127

## 5. Kapitel: Urteil und Rechtsbehelfe

I. Urteil.....	129
II. Rechtsmittel nach nationalem Recht (Art. 17) .....	131
1. Hintergrund .....	131

2. Berufung.....	131
3. Einspruch.....	132
III. Mindeststandards (Art. 18).....	133
1. Nationales oder autonomes Verfahren .....	133
2. Zuständigkeit.....	135
3. Tatbestand.....	135
a) Hintergrund.....	135
b) Berechtigter.....	136
c) Beeinträchtigung der Verteidigungsmöglichkeit.....	136
d) Säumnis .....	137
4. Rechtsfolgen.....	138
IV. Konkurrenzen zwischen den Rechtsbehelfen .....	139

## 6. Kapitel: Kostenregelung (Art. 16)

I. Regelungsumfang der EuBagVVO .....	141
II. Grammatische Auslegung der Kriterien .....	142
III. Entwicklungsgeschichtliche Auslegung der Kriterien .....	146
IV. Zusammenfassung.....	148
 Ausblick .....	 149
Ergebnisse .....	150
Anhang: Verordnung (EG) Nr. 861/2007 .....	157
Literaturverzeichnis .....	179
Sachregister .....	187



## Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
a.a.O.	am angegebenen Ort
a.E.	am Ende
a.F.	alte Fassung
ABl. EG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
ABl. EU	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz
AG	Amtsgericht
AktG	Aktiengesetz
Alt.	Alternative
Anm.	Anmerkung
AnwBl	Anwaltsblatt
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BB	Der Betriebs-Berater
BC	Bilanzbuchhalter und Controller
Bd.	Band
bearb. v.	bearbeitet von
Beschl. v.	Beschluss vom
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzesblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BRAK	Bundesrechtsanwaltskammer
Brüssel I-VO	Verordnung (EG) Nr. 44/2001 des Rates vom 22. 12.2000 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
Brüssel IIa-VO	Verordnung (EG) Nr. 2201/2003 des Rates vom 27. 11.2003 über die Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1347/2000
BT-Drucks.	Bundestagsdrucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
bzw.	beziehungsweise
DAV	Deutscher Anwaltverein



ders.	derselbe
dies.	dieselbe
Diss.	Dissertation
DR	European Commission of Human Rights, Decisions and Reports (seit 1975)
DRB	Deutscher Richterbund
ebda	ebenda
EG	Europäische Gemeinschaft; Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EKMR	Europäische Kommission für Menschenrechte
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
endg.	endgültig
Entsch. v.	Entscheidung vom
ERPL	European Review of Private Law
EU	Europäische Union
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuBVO	Verordnung (EG) Nr. 1206/2001 des Rates vom 28.05.2001 über die Zusammenarbeit zwischen den Gerichten der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Beweisaufnahme in Zivil- oder Handelssachen
EuBagVVO	Verordnung (EG) Nr. 861/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11.07.2007 zur Einführung eines europäischen Verfahrens für geringfügige Forderungen
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EuGVÜ	Brüsseler EWG-Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 27.9.1968
EuVTVO	Verordnung (EG) Nr. 805/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21.04.2004 zur Einführung eines europäischen Vollstreckungstitels für unbestrittene Forderungen
EuZVO	Verordnung (EG) Nr. 1348/2000 des Rates vom 29.05.2000 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- oder Handelssachen in den Mitgliedstaaten
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht
EWSA	Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss
f./ff.	folgende
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
Fn.	Fußnote
Folgenabschätzung	<i>Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Commission staff working document, Annex to the Regulation of the European Parliament and of the Council establishing a European Small Claims Procedure, extended impact assessment, 15.03.2005, SEC (2005) 351</i>
FS	Festschrift

GbmG	Gebrauchsmustergesetz
Gemeinsame Ausrichtung	Gemeinsame Ausrichtung des Rates mit dem Europäischen Parlament, 11.11.2006, Ratsdokument 16116/06 JUSTCIV 273 CODEC 1454
GG	Grundgesetz
GKG	Gerichtskostengesetz
GPR	Zeitschrift für Gemeinschaftsprivatrecht
GRC	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
Grünbuch	<i>Kommission der Europäischen Gemeinschaften</i> , Grünbuch über ein Europäisches Mahnverfahren und über Maßnahmen zur einfacheren und schnelleren Beilegung von Streitigkeiten mit geringem Streitwert, 20.12.2002, KOM (2002) 746
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
Hdb.	Handbuch
Hrsg.	Herausgeber
hrsg. v.	herausgegeben von
Hs.	Halbsatz
HUODOC	Human Rights Documentation, <a href="http://cmiskp.echr.coe.int">http://cmiskp.echr.coe.int</a>
HZÜ	Haager Übereinkommen über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke im Ausland in Zivil- und Handelssachen vom 15.11.1965
Int'l Lis	Il Corriere giuridico: Supplemento di documentazione e discussione sul diritto giudiziario transnazionale
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts
i.V.m.	in Verbindung mit
JR	Juristische Rundschau
JUSTCIV	Dokument des Rates der Europäischen Union (Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen)
JW	Juristische Wochenschrift
JZ	Juristenzeitung
Kap.	Kapitel
Kommissionsentwurf	<i>Kommission der Europäischen Gemeinschaften</i> , Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einführung eines europäischen Verfahrens für geringfügige Forderungen, 15.03.2005, KOM (2005) 0087 endg.
krit.	kritisch
LG	Landgericht
lit.	littera
Losebl.	Loseblatt
LRC	Law Reform Committee
MDR	Monatszeitschrift für Deutsches Recht
m.w.Nachw.	mit weiteren Nachweisen
n.F.	neue Fassung
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	NJW-Rechtsprechungs-Report Zivilrecht
Nr.	Nummer
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht

ÖJZ	Österreichische Juristen-Zeitung
OLG	Oberlandesgericht
OLGZ	Rechtsprechung der Oberlandesgerichte für Zivilsachen
ÖRAK	Österreichischer Rechtsanwaltskammertag
PatG	Patentgesetz
Ratsentwurf vom 30.09.2005	<i>Rat der Europäischen Union</i> , Vermerk des Vorsitzes (geänderte Fassung des Verordnungsvorschlags), 30.09.2005, 12503/05 JUSTCIV 165 CODEC 774
Ratsentwurf vom 20.12.2005	<i>Rat der Europäischen Union</i> , Vermerk des britischen Vorsitzes und des neuen österreichischen Vorsitzes (geänderte Fassung des Verordnungsvorschlags), 20.12.2005, 15954/05 JUSTCIV 244 CODEC 1203
Ratsentwurf vom 02.05.2006	<i>Rat der Europäischen Union</i> , Vermerk des Vorsitzes (geänderte Fassung des Verordnungsvorschlags), 02.05.2006, 8408/06 JUSTCIV 100 CODEC 346 (fehldatiert auf den 02.05.2005)
Ratsentwurf vom 19.05.2006	<i>Rat der Europäischen Union</i> , Vermerk des Vorsitzes (geänderte Fassung des Verordnungsvorschlags), 19.05.2006, 9329/06 JUSTCIV 122 CODEC 472
Ratsentwurf vom 29.05.2006	<i>Rat der Europäischen Union</i> , Vermerk des Vorsitzes (geänderte Fassung des Verordnungsvorschlags), 29.05.2006, 9886/06 JUSTCIV 139 CODEC 555
Ratsvermerk vom 21.11.2005	<i>Rat der Europäischen Union</i> , Vermerk des Vorsitzes, 21.11.2005, 14638/05 JUSTCIV 208 CODEC 1037
Rdnr(n).	Randnummer(n)
RdU	Recht der Umwelt
Regierungsentwurf	Gesetzesentwurf zur Verbesserung der grenzüberschreitenden Forderungsdurchsetzung und Zustellung vom 30.01.2008
RG	Reichsgericht
RVG	Rechtsanwaltsvergütungsgesetz
S.	Satz; Seite
Slg.	Sammlung der Entscheidungen des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften
sublit.	sublittera
Teilbd.	Teilband
u.a.	und andere
UA	Unterabsatz
Urt. v.	Urteil vom
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
Var.	Variante
Verf-O EuGH	Verfahrensordnung des Europäischen Gerichtshofs
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
WEG	Wohnungseigentumsgesetz
YB	Yearbook of the European Convention of Human Rights
Zahlungsbefehl-VO	Verordnung (EG) Nr. 1896/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12.12.2006 zur Einführung eines Europäischen Mahnverfahrens
Zak	Zivilrecht aktuell

z.B.	zum Beispiel
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht und Insolvenzpraxis
zit.	zitiert
ZMR	Zeitschrift für Miet- und Raumrecht
ZÖR	Österreichische Zeitschrift für öffentliches Recht und Völkerrecht
ZPO	Zivilprozessordnung
ZPO-E	Änderungen der Zivilprozessordnung gemäß dem Gesetzentwurf zur Verbesserung der grenzüberschreitenden Forderungsdurchsetzung und Zustellung vom 30.01.2008
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozeß
ZZPInt	Zeitschrift für Zivilprozeß International



## 1. Kapitel

# Einleitung

### I. Vergemeinschaftung des Zivilprozesses und die EuBagVVO

Das europäische Zivilprozessrecht hat seit der Schaffung der Kompetenzgrundlage in Art. 61 lit. c, 65 lit. c EG durch den Vertrag von Amsterdam<sup>1</sup> eine außerordentliche Dynamik entwickelt. Gemäß dem darin zum Ausdruck gebrachten Ziel des schrittweisen Aufbaus eines Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts sind insbesondere in neuerer Zeit eine Reihe von Maßnahmen ergriffen worden, deren Auswirkungen auf das Rechtswesen der Mitgliedstaaten noch nicht ganz absehbar sind. Den derzeitigen Höhepunkt stellt die Verordnung (EG) Nr. 861/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11.07.2007 zur Einführung eines europäischen Verfahrens für geringfügige Forderungen<sup>2</sup> („Bagatellverfahrensverordnung“, im Folgenden „EuBagVVO“)<sup>3</sup> dar, die mit der Einführung gemeinsamer Verfahrensregeln für ein *kontradiktorisches* Verfahren noch über die Zahlungsbefehl-VO<sup>4</sup> hinausgeht.

---

<sup>1</sup> Vertrag von Amsterdam vom 02.10.1997 zur Änderung des Vertrags über die EU, der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften sowie einiger damit zusammenhängender Rechtsakte, BGBl. II 1999, 296.

<sup>2</sup> ABl. EU 2007 Nr. L 199/1.

<sup>3</sup> Sämtliche Artikelbezeichnungen ohne weitere Angabe beziehen sich auf die Eu-BagVVO. Der Begriff des Bagatellverfahrens ist nicht unumstritten. Der Berichterstatter des Europäischen Parlaments regte an, in einem eigens zu schaffenden Art. 7a explizit festzustellen, dass es sich nicht um ein „Bagatellverfahren“ handle, *Europäisches Parlament*, Berichtsentwurf vom 30.03.2006, Änderungsantrag 56. Das Grünbuch über ein Europäisches Mahnverfahren und über Maßnahmen zur einfacheren und schnelleren Beilegung von Streitigkeiten mit geringem Streitwert vom 20.12.2002, KOM (2002) 746 (im Folgenden „Grünbuch“), verwendet den Begriff dagegen bedenkenlos, und auch Erwägungsgrund Nr. 7 spricht im Zusammenhang mit dem Verfahren für geringfügige Forderungen von „Bagatellsachen“. Die bislang zu der Verordnung erschienene Literatur schließt sich ihnen an, siehe *Rauscher*, Einf EG-BagatellVO-E; *Scheuer*, Zak 2007, 226; *Jahn*, NJW 2007, 2890; *Engels*, AnwBl 2008, 51; *Leible/Freitag*, Forderungsbeitreibung in der EU, 2008, Rdnrn. 268 ff.

<sup>4</sup> Verordnung (EG) Nr. 1896/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12.12.2006 zur Einführung eines Europäischen Mahnverfahrens, ABl. EU 2006 Nr. L 399/1.